

Armutssensibilität hat eine gesellschaftliche Dimension

Ein fachpolitisches Positionspapier zur Rahmung und Konkretisierung eines bisher ungenauen und zunehmend inflationär genutzten Begriffs

Antje Richter-Kornweitz, Gerda Holz und Anja Kerle

Unter Mitwirkung von Claire Horst, Henriette Jankow, Andrea Möllmann-Bardak, Jessica Prigge, Stephanie Simon und Corinna Spanke

Berlin, Kiel, Dortmund, Köln

Angesichts der gegenwärtigen Konjunktur des Begriffs „Armutssensibilität“ und dessen zunehmend diffuser Verwendung in Praxis, Politik und Wissenschaft ist eine inhaltliche Begriffsklärung erforderlich, die die Strukturdimension einbezieht. Diffusität ergibt sich unter anderem aus der bislang fehlenden Definition von „Armutssensibilität“ und einem der Arbeitslogik folgenden Pragmatismus, der sehr wertvoll, aber auch ergänzenswert ist. Entsprechend sollten wesentliche Aspekte konturiert und konkretisiert werden. Dies erfordert zwingend die Berücksichtigung der Strukturdimension von Armutssensibilität und einen Theoriediskurs der Grundlagen, welche die Begriffsbildung geprägt haben beziehungsweise künftig prägen sollten. Notwendig ist außerdem deren Berücksichtigung in der Erarbeitung von Curricula für die Ausbildung, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften diverser Disziplinen und Ebenen. Zusätzlich wird eine Überprüfung bestehender Praxis in Bezug auf Zielsetzung, Bedarfs- und Wirkungsorientierung unter Beachtung struktureller Aspekte gebraucht. All das steht

bislang aus – auch wenn sich verschiedene Begrifflichkeiten wie „armutsbewusste Haltung“, „Armutreflexivität“ etc. in diesen Rahmen einordnen lassen. Hierbei jeweils die Strukturdimension von Armutssensibilität einzubeziehen, ist eine ebenso wichtige Anforderung an Fach- und Führungskräfte verschiedenster Disziplinen und Verantwortungsbereiche wie die immer wieder geforderte kontinuierliche Selbstreflexion von Haltung und Handeln gegenüber Menschen, die in Armut leben beziehungsweise aufwachsen. Hierzu soll dieses Positionspapier beitragen.

Leben und aufwachsen in Armut ist Ergebnis einer Vielzahl politischer Entscheidungen und nicht vorrangig auf persönliches Versagen zurückzuführen

Zwar verweisen Grundgesetz, Menschenrechte oder auch die UN-Kinderrechtskonvention darauf, dass Menschen aufgrund

ihrer Klassenlage nicht diskriminiert werden dürfen. Die sich daraus ergebenden individuellen Rechte werden jedoch durch politische Entscheidungen, durch Regelungen und Barrieren im System, durch institutionelle Routinen sowie im alltäglichen Umgang mit armutserfahrenen Menschen vielfach beschnitten. Tiefgreifende Diskriminierungen sind die Folge: Kinderrechte und somit Kindeswohl werden vernachlässigt. Die Gestaltungsmacht armutserfahrener Menschen wird eingeschränkt, ökonomische, politische und sozio-kulturelle Teilhabemöglichkeiten werden beschnitten, der Zugang zu Bildungsabschlüssen, Gesundheitsleistungen, Chancen auf Wohnraum, Mobilität und weiteren infrastrukturellen Ressourcen erschwert.

Armutsprävention ist gesellschaftlicher Anspruch und staatliche Pflichtaufgabe

Mit gesellschaftlichen Maßnahmen zur Armutsprävention wird in vielerlei Hinsicht gegenzusteuern versucht – staatlich, institutionell oder individuell. Maßnahmen zur finanziellen Absicherung und Erwerbssicherung finden sich in der Sozialversicherungs-, Arbeitsmarkt- oder auch Familienpolitik. Gegensteuerung erfolgt auch in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Gesundheitsförderung und über die verschiedenen Bildungsinstitutionen. Trotz des großen Respekts vor der Leistung der Fachkräfte angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen steht infrage, ob diese Maßnahmen wirklich hinreichend sind – hinreichend, um die individuelle und gruppenbezogene Verteilung von Ressourcen und Chancen, die Förderung von Talenten jeglicher Form bedarfs- und wirkungsorientiert zu gestalten. Denn es fehlt sowohl an staatlicher Förderung in allen ge-

nannten Bereichen als auch an politischem Willen und gemeinschaftlichem Handeln. Es erfordert gesteigertes Engagement und hohe Kompetenz der Fach- und Führungskräfte in Institutionen und Behörden, auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, um tatsächlich soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen und den sozialen Ausgrenzungen sowie dem Verlust an individuellen Talenten und Potenzialen systematisch und umfassend entgegenzuwirken. Es ist eine Frage von Führung auf allen Ebenen, der nötigen selbstreflexiven Professionalität im alltäglichen Umgang mit armutsbetroffenen Menschen den Weg zu bereiten. Ebenso ist es ein Auftrag für Institutionen zur Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, diese Aufgabe zugunsten des Wohlergehens der Menschen und zur Sicherung der Demokratie und des sozialen Friedens in die Curricula aufzunehmen.

Armutssensibilität erfordert neben verhaltensorientierten oder auf Einzelfälle ausgerichteten Handlungskonzepten immer auch politische Initiative

Dabei ist festzuhalten: Der Diskurs über Armutssensibilität – in welchem Zusammenhang auch immer – erfordert die Auseinandersetzung mit Armut in all ihren Facetten. Oder anders formuliert: Wer über Armutssensibilität spricht, muss auch über Armut sprechen, über die auseinanderklaffenden Lebensrealitäten, die sich als Folge einer anhaltend hohen Einkommensungleichheit ergeben. Die weitgehende Einkommensungleichheit schadet unserer Gesellschaft als Ganzes, sie schadet unter anderem dem Gesundheitsstatus und der Lebenserwartung ihrer Mitglieder, ihren Chancen auf Bildungserfolg und auf soziale Mobilität. Sie

wirkt zersetzend auf soziales Miteinander und gesellschaftlichen Zusammenhalt und sie führt zur Entfremdung einzelner gesellschaftlicher Gruppen vom demokratischen System, zu Widersprüchlichkeiten und Konflikten. Daher ist politische Initiative gefragt, die über die fachliche Kompetenz von Einzelnen oder Fachkräftegruppen hinausgeht. Die mit Ausgrenzungsprozessen verbundenen Herausforderungen können nicht allein durch selbstreflexive, ressourcenorientierte und inkludierende Haltung – zum Beispiel der Fachkräfte im Mikrokosmos von Kita, Schule oder Beratungsstelle – bewältigt werden. Es sind zuallererst Fragen des Planens und Steuerns in den übergeordneten Institutionen und Strukturen, inklusive ergebnisorientierter Diskurse und der Suche nach politischen Lösungen und Entscheidungen.

Armutssensibilität ist ethisch begründet und rechtlich verankert

Armutssensibilität beinhaltet das Wissen und das Bewusstsein für die Existenz diskriminierender Verhältnisse. Dies ist nicht nur als Haltung und weder als radikal noch als Sache des Engagements einzelner Fach- und Führungskräfte zu verstehen, sondern als strukturell zu verankernde Komponente aller Entscheidungen in Institutionen und Verwaltungen sowie auf allen politischen Ebenen. Die Notwendigkeit zur Armutssensibilität ergibt sich aus unseren demokratischen Grundwerten, zu denen die sozialstaatliche Sicherung und die Beteiligung aller ihrer Mitglieder auf allen Ebenen des Zusammenlebens gehören. Sie trägt dazu bei, Grundwerte und Grundrechte zu verwirklichen.

Armutssensibilität ist ein ethisch begründeter Wert und auch rechtlich verankert. Kinder- und Menschenrechte zu schützen, für sie

einzustehen und gegen ihre Einschränkung einzutreten, ist Grundvoraussetzung für den Schutz der Demokratie. Auch gelingendes Aufwachsen in Wohlergehen ist ein Recht, kein Geschenk und keine Freundlichkeit. Geht es beispielsweise um das Kindeswohl, dann ergibt sich aus der rechtlich verankerten Verpflichtung zur Förderung und Beteiligung aller auch die Pflicht, die Strukturen, Leistungen und Angebote so auszurichten, dass alle Kinder, Jugendlichen und ihre Eltern unabhängig von ihrer sozialen Lage die Möglichkeit haben, diese in Anspruch zu nehmen und mitzugestalten. Letztendlich profitiert davon die gesamte Gesellschaft – in Gegenwart und Zukunft.

Positionen für ein breites Verständnis von Armutssensibilität und deren Praxisrelevanz – Eckpunkte für eine Definition

Armutssensibilität ist Basis der Fachlichkeit und Qualitätsmerkmal professionellen Handelns in der Sozialen Arbeit, in Kindheitspädagogik, Kinder- und Jugendhilfe sowie in angrenzenden Bereichen wie Bildung, Gesundheitsförderung/Prävention sowie in den Verwaltungsorganen – insbesondere im Kontext sozialstaatlicher Sicherung. Sie erhält einen gleichwertigen Raum in Aus-, Fort-, Weiterbildung für Führungs- und Fachkräfte in Verwaltungen, auf Organisations- und Trägerebene sowie in lokalen Einrichtungen. In der Ausbildung werden Ansätze, Konzepte und Formen des politischen Gestaltens berücksichtigt (wie gesellschaftliche Ausgrenzungsprozesse zu erkennen, soziale Inklusion zu bewirken), um Öffentlichkeit durch Vertretung in/Verhandlung mit Gremien und politischen Vertreter*innen für die Thematik zu schaffen.

Der notwendige Theoriediskurs erfordert die Verknüpfung von Beschreibungs- und Handlungswissen, um armutssensibles Handeln theoretisch einzuordnen und methodisches Handeln in der Praxis anzuleiten. Wissenschaftler*innen insbesondere der Disziplinen Soziologie, Politikwissenschaft, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaft, Soziale Arbeit, Kindheitspädagogik und Gesundheitswissenschaft sind gefordert, inter- und transdisziplinäre sowie macht- und herrschaftskritische Perspektiven zur Adressierung von Armut und Armutsprävention als gesamtgesellschaftliches Phänomen und staatliche Pflichtverantwortung zu entwickeln.

Armutssensibilität braucht Zusammenarbeit mit und fachlichen Rat durch armuts-erfahrene Menschen in Form einer gemeinsamen Entwicklung, Durchführung und Überprüfung von Ideen, Konzepten und Ergebnissen. Hierbei sind intersektionale Perspektiven zu berücksichtigen und Partizipationshindernisse kritisch zu benennen.

Armutssensibilität ist Anforderung an politisches Gestalten eines demokratischen Sozial- und Rechtsstaats, zugunsten von sozialer Inklusion und gelingendem Aufwachsen im Wohlergehen. Dies gilt für alle föderalen Ebenen und alle Prozesse: Von Problemwahrnehmung über die Diskurse bis hin zu den Entscheidungen, der Umsetzung und der Wirkungsorientierung von sozialstaatlichen Maßnahmen.

Zusammengefasst: Armutssensibilität bietet Handlungsorientierung für Individuen, Institutionen und für die strukturelle Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse. Sie trägt zum Wohlergehen aller Bürger*innen bei und betrifft auch das Wohl derjenigen Gruppen, die in gesicherten ökonomischen und sozialen Realitäten leben und aufwachsen, denn sie fördert gesellschaftliche Stabilität.

Literatur

- David, O. 2022: Keine Aufstiegsgeschichte. Warum Armut psychisch krank macht. Berlin.
- Holz, G. 2021: Stärkung von Armutssensibilität: Ein Basiselement individueller und struktureller Armutsprävention für junge Menschen. Berlin.
- Huster, E.-U./Boeckh, J. (Hrsg.) 2024: Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. 4. Aufl. Wiesbaden.
- Kerle, A. 2023: Armut und Early Excellence. Heide- und Heinz-Dürr-Stiftung. Schriftenreihe VIII. Berlin.
- LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut, abrufbar unter https://www.lvr.de/de/nav_main/jugend_2/jugendmter/koordinationsstellekinderarmut/koordinationsstellekinderarmut_1.jsp [01.03.2024].
- MitWirkung – Perspektiven für Familien, abrufbar unter: [https://mitwirkung-berlin.de/\[01.03.2024\]](https://mitwirkung-berlin.de/[01.03.2024]).
- Rahn, P./Zimmermann, S. (Hrsg.) 2023: Kinderarmut verstehen und bekämpfen. Perspektiven zur Einführung. Opladen.
- Richter-Kornweitz, A./Schluck, S./Petras, K./Humrich, W./Kruse, C. 2022: Präventionsketten konkret! – Ein kompetenzorientiertes Handbuch zur Koordination integrierter kommunaler Strategien. Hannover.
- Thiel, J. 2020: KEIN Pausenbrot, KEINE Kindheit, KEINE Chance. Wie sich Armut in Deutschland anfühlt und was sich ändern muss. München.
- Toprak, A. 2023: Auch Alis werden Professor. Vom Gastarbeiterkind zum Hochschullehrer. 2. Aufl. Freiburg im Breisgau.

Gerda Holz

ist Sozialarbeiterin grad., Dipl. Politikwissenschaftlerin, fachlich beratend und forschend zu „(Kinder) Armut und sozialer Ausgrenzung“, „Soziale Infrastruktur auf kommunaler Ebene“.
E-Mail: gerdaholz@t-online.de

Dr. Anja Kerle

ist promovierte Sozialarbeiterin, lehrend an der Fachhochschule Vorarlberg, Schwerpunkte „Armut und soziale Ungleichheit“, insbesondere im kindheitspädagogischen Feld.
E-Mail: anja.kerle@fhv.at

Dr. Antje Richter-Kornweitz

ist Dipl.-Pädagogin, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin, fachlich beratend und forschend zu „Soziale Lage und Gesundheit“ sowie „Entwicklung kommunaler Präventionsketten“.
E-Mail: antjerichterkornweitz@gmail.com